

Transplantationschirurgie: Verstärkte Kooperation notwendig

Nachdem die Bundesregierung im März 1979 einen Entwurf eines Transplantationsgesetzes in die parlamentarischen Beratungen eingebracht hat, haben die an der Organtransplantation interessierten und beteiligten Verbände und Institutionen beschlossen, die seit geraumer Zeit begonnene Kooperation auf dem Gebiet der Transplantationschirurgie und der Vermittlung von Spenderorganen weiter zu verstärken.

Notwendig ist vor allem die Kooperation auf dem ärztlichen Sektor; es müssen noch mehr Kliniken gewonnen werden, die mit den Transplantationszentren zusammenarbeiten und mögliche Organspender nachweisen oder vermitteln.

Der Arbeitskreis „Organtransplantation“ des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesärztekammer unter Leitung von Prof. Dr. med. Rudolf Pichlmayr, Leiter der Klinik für Abdominal- und Transplantationschirurgie an der Medizinischen Hochschule Hannover, hat anlässlich der jüngsten Sitzung in Köln beschlossen, auf der Basis der Empfehlungen des BÄK-Beirates zur Organtransplantation (DEUTSCHES ÄRZTEBLATT Heft 4/1979, Seiten 187 ff. und 219 ff.) die Aufklärungs- und Informationsarbeit zu vertiefen.

Das Deutsche Rote Kreuz hat den Beirat darüber informiert, daß es ebenso wie die Bundesärztekammer für Organspenden werben und Organspenderausweise verteilen wird. Experten der Bundesministerien für Jugend, Familie und Gesundheit sowie der Justiz, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, des Deutschen Roten Kreuzes, des Kuratoriums für Hemodialyse, Neu Isenburg, sowie des Transplantationsausschusses der Arbeitsgemein-

schaft „Klinische Nephrologie“ besprachen in Köln ein Konzept zur verstärkten Kooperation der Organisationen untereinander. HC

Mehr für Hebammen

Freiberuflich tätige Hebammen sollen besser honoriert werden. Nach einem jetzt im Bundesrat beratenen Entwurf einer entsprechenden Verordnung sollen die Gebühren um rund 4,5 Prozent rückwirkend ab 1. Januar 1979 angehoben werden. EB

Ersatzkassen: 10 Millionen Mitglieder

Der Aufwärtstrend in der Mitgliederentwicklung der sieben Angestellten-Ersatzkassen hält unvermindert an. Mit 9 914 463 Mitgliedern – Stand 1. März 1979 – sind die zehn Millionen fast erreicht. Allein 1978 erhöhte sich die Mitgliederzahl um 359 040 oder 3,83 Prozent. Das ist die höchste Zuwachsrate der letzten fünf Jahre. Einschließlich der mitversicherten Familienangehörigen betreuen die Ersatzkassen fast 16 Millionen Versicherte. WZ/DÄ

Selbstverantwortung

Anmerkung
zu einem Druckfehler

Selbstverwaltung bleibt viel wert, auch wenn sie einmal verkehrt in die Überschrift geriet, wie man in Heft 18 sieht!

Was gemeint dort klipp und klar, zweifelsfrei zu lesen war schon auf Seite I ganz oben – wenn auch nicht hervorgehoben:

Selbstverantwortung muß sein; – nichts geschieht durch Geld *allein!* Wo es knapp ist, dort wird jetzt endlich wieder mehr geschätzt:

Selbstverantwortung als Kraft, die so manche Hürde schafft!

Gerd Iversen

FRANKREICH

Tritt auf die Kostenbremse

Die französische Regierung hat eine Kommission eingesetzt, die alljährlich eine genaue Überprüfung der Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenversicherung, vornehmen und die Ergebnisse dem Parlament vorlegen soll. Im Jahre 1978 hatte die soziale Krankenversicherung in Frankreich ein Defizit von etwa 3 Milliarden Franc und eine Zuwachsrate von 19,4 Prozent; in den letzten zehn Jahren betrug der durchschnittliche jährliche Ausgabenzuwachs 18,15 Prozent. Im Jahre 1977 wurde ein Kostenzuwachs von nur 12,4 Prozent gemessen; 1978 waren es 19,4 Prozent. Dabei ist es interessant zu beobachten, an welcher Stelle Veränderungen in den Ausgabenzuwächsen auftraten: An der Spitze liegen die Kosten für die Zahnbehandlung, bei denen der Ausgabenzuwachs von 8,9 Prozent in 1977 auf 33,5 Prozent in 1978 anstieg. Die Krankenhauskosten erhöhten sich fast gleichmäßig, 16,5 Prozent bzw. 20,9 Prozent. Die Hausbesuche der Ärzte hatten 1977 eine Steigerung von 13,4 Prozent, 1978 waren es 24,1 Prozent Steigerung. Die Honorare für die Behandlung in der Sprechstunde veränderten ihren Zuwachs von 10,1 Prozent in 1977 auf 17,9 Prozent in 1978. Eine Sonderbewegung gab es bei den Arzneimitteln: 4,2 Prozent Zuwachs in 1977, 18,6 Prozent Zuwachs in 1978.

Von der „Rechnungsprüfungs-Kommission“ erhofft man sich Anregungen für Einnahmenerhöhungen und Kostenbremsen. Geplant ist ein Krankenversicherungsbeitrag der Rentner sowie eine erhebliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Die Kostenbremse soll vor allem bei den Krankenhäusern angesetzt werden, denen grundsätzlich nicht mehr gestattet werden soll, während des Rechnungsjahres Nachtragshaushalte aufzustellen. gn